



Vertriebspreise: Seite 1 Markt u. 20% Zufolge... Familien-Anzeigen mit 20% Zufolge... Stellen-Gefuche...

„Berliner Tageblatt“ und „Handels-Zeitung“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags ein- mal. Druck-Verleger: August Scherff...

Berliner Tageblatt und Handels-Zeitung

Nr. 95 47. Jahrgang

Donnerstag 21. Februar 1918

Das gleiche Wahlrecht im Ausschuss abgelehnt. Einrücken deutscher Truppen in Estland.

Wien, 20. Februar, abends. (W. I. B.) Im Osten gehen die Bewegungen vorwärts. Deutsche Truppen sind in Estland eingerückt...

der deutschen Truppen ein Akt des Einlenkens seitens der Petersburger Regierung bevorzucht.

Rumäniens Losung von den Alliierten.

(Telegramme unserer Korrespondenten.) Die „Times“ melden: „General Averescu, der neue rumänische Ministerpräsident, hat den alliierten Regierungen antwortend angezeigt, daß er die von der früheren Regierung eingegangenen Verpflichtungen nicht aufrechterhalten könne.“

General Averescu ist in Bukarest eingetroffen, um dort Verhandlungen zu führen, die mit der Bildung seines Kabinetts und den bevorstehenden Friedensverhandlungen im Zusammenhang stehen.

Ueber die Aussichten dieser Verhandlungen ist von der österreichischen Regierung eine nicht sehr vorteilhaft klingende Mitteilung ausgegeben worden. Die Anknüpfung beruht auf den weitgehenden Gebietsansprüchen, mit deren Selbstaufgabe sich die Rumänen offenbar noch trauen, während sie andererseits zu irgend welchen Kompensationen nicht bereit sind.

Wie wir neulich mitgeteilt haben, wurde angenommen, daß Herr v. Kühlmann sich in diesen Tagen zu den Verhandlungen nach Rumänien begeben würde. Tatsächlich beabsichtigte Herr v. Kühlmann, am gestrigen Mittwoch abzureisen. Infolge des Petersburger Einspruchs, der das Angebot der russischen Regierung mitteilte, hat der Staatssekretär die Reise nach Rumänien vorläufig verschoben.

besanftlicht durch eine gemischte Kommission, in der auch polnische Delegierte vertreten sind, bestimmt werden. Hierbei dürfte auch auf die polnischen Wünsche weitgehende Rücksicht genommen werden.

Das Entlassungsgesuch der österreichischen Polen-Minister abgelehnt.

Die „Wiener Zeitung“ veröffentlicht kaiserliche Handschreiben an den Ministerpräsidenten Dr. v. Seidler sowie an den Unterrichtsminister Gwiltinski und den Minister Zwardowski, wonach der Kaiser gemäß dem Antrage des Ministerpräsidenten dem Ansuchen des Unterrichtsministers Gwiltinski und des Ministers Zwardowski um Enthebung vom Amte keine Folge gibt...

Die Abstimmung im Wahlrechtsausschuss.

von Erich Dombrowski.

In der gestrigen Sitzung des Wahlrechtsausschusses des Abgeordnetenhauses wurde der konservativ-republikanische Antrag auf Gewährung eines Mehrstimmenswahlrechts mit 20 Stimmen gegen 15 Stimmen angenommen und damit der Paragraph 3 der Regierungsvorlage, der das gleiche Wahlrecht vorschlägt, für erledigt erklärt.

Gestern vormittag trat die nationalliberale Fraktion zu einer entscheidenden Sitzung zusammen, um endgültig zum gleichen Wahlrecht Stellung zu nehmen. Angeführt von zwei Mitgliedern der Nationalliberalen haben dabei die Regierungsvorlage verworfen und damit den Ausschuss für das weitere Geschick des Gesetzentwurfes gegeben.

Die gestrigen Verhandlungen des Ausschusses waren demnach auch ganz von diesem Geiste durchdrungen erfüllt. Zwar brachten die Nationalliberalen, verstimmt, einen neuen Puralantrag ein, das war im Grunde genommen aber nur eine Spiegelfechterei, denn nach all den vorangegangenen Erklärungen der Regierung konnten sich die Herren nicht das Augenbild darüber im Zweifel sein, daß dieser Weg für das Reichsministerium ein für allemal ungangbar sei.

Die Mehrheit der Nationalliberalen aber ließ sich auch durch diese neue Kundgebung des Ministeriums nicht von ihrer ablehnenden Haltung abbringen. Als es zur Abstimmung kam, wurde zuerst über den weitgehenden Antrag, den Puralwahlrechtsantrag der konservativen und republikanischen Abgeordneten nach rechts ein und brachte den Antrag gemeinsam mit der Rechten zur Annahme. Von den zwanzig Abgeordneten, die dafür eintraten, waren zwölf konservativ-republikanisch und vier nationalliberal, während gleich dem Zentrum der fortschrittlichen Volkspartei und der Sozialdemokratie zwei andere Nationalliberale sich dagegen erklärten.

Die Öffentlichkeit hat ein besonderes Interesse daran, die Namen der Nationalliberalen zu erfahren, die die schwere Verantwortung für diese Abstimmung auf sich geladen haben. Die vier Abgeordneten, die den Antrag der Rechten annahmen und damit den 3 der Regierungsvorlage das gleiche Wahlrecht, zu Fall brachten, waren die Herren Bohmann, Gausmann, Rünzler und Nationalliberalen nur einen informativischen Charakter“ Hoff. Das weiß nunmehr, wie die Nationalliberalen es durch ein auch auf Besitz aufgebautes Wahlrecht jetzt noch nach den ungeheuren Leistungen...

Gerüchte vom Sturz der Bolschewikregierung.

„Politiken“ meldet aus Warschau, ein hartnäckiges Gerücht, das doch noch nicht bestätigt sei, besagt, daß die Bolschewikregierung in Petersburg von den Sozialrevolutionären unter Tschernow gestürzt wurde. Lenin und Trotzki seien nach Riga geflüchtet sein.

Der russische Sunkspruch vom Petersburger Sowjet gefordert.

Wie ich von unbedingt zuverlässiger Seite erfahre, haben die Deutschen aus Deutschland über das Ende des Bolschewikreiches am Beginn des deutschen Vormarsches in Petersburg, bei der Besetzung der Stadt durch die Bolschewikregierung, die übermäßige Mehrheit des Sowjets verurteilt die fahrlässige Politik und mißbilligt den Abbruch der Friedensverhandlungen. In hiesigen politischen Kreisen verlaute schon gestern, daß angesichts des Vormarsches...

Ein Plebiszit über Cholm?

Ein Mitarbeiter der „Neuen Freien Presse“ hatte eine Unterredung mit dem Mitgliede der ukrainischen Friedensdelegation, der unter anderem erklärte, daß die Forderungen der ukrainischen Regierung nach dem Plebiszit über Cholm, aber die ukrainische Bevölkerung von Cholm anheimeln, durch ein Plebiszit zu befunden, zu welchem sie gehören wolle. Voraussetzung jedoch wäre dafür, daß die ukrainischen Landwirte, die von den Russen verschleppt worden seien oder jene, die in russischen Geirten, in das Cholmer Gebiet zurückgeführt seien.

Annäherung zwischen Polen und Ukraine?

Hiesigen unterrichteten Kreisen verläutet, daß unter Berufung auf Paragraph 2 des Grenzvertrages mit der Ukraine bezüglich der Grenze zwischen der Ukraine und dem künftigen Polen eine Annäherung an den polnischen Standpunkt zu erwarten ist. Die endgültige Festlegung der Grenze wird...